



Hauptausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich der Ministerpräsidentin **5**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/5411

– abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschluss-
empfehlung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landes-
regierung Drucksache 16/5411 mit den Stimmen der Frakti-
onen von SPD, CDU, Grünen und Piraten gegen die Stim-
men der Fraktion der FDP an (*Keine Wortmeldungen*).

2 Kremser Erklärung mit Leben füllen: Transparenz herstellen, Bürgerbeteiligung einführen, Open Data und Open Government vorleben 6

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/5479

- abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/5479 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten ab.

3 Gelebtes Open Government: Öffentliche Debatte zum Landeshaushalt! 14

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/1623

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/1623 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

4 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 18

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/4151

- Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 20. März 2014 (Ausschussprotokoll 16/504)

Die Auswertung der Anhörung wird verschoben bis die erwartete Stellungnahme vorliegt.

5 Informationspflichten der Landesregierung gegenüber dem Parlament hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens der Landesregierung im Bundesrat 19

(Information 16/174 – Gutachten des PBGD des LT)

- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1871

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

6 Verschiedenes –

* * *

4 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

- Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 20. März 2014 (Ausschussprotokoll 16/504)

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann fordert dazu auf, sich im Rahmen der nun folgenden ersten Aussprache nach der Anhörung auch über den weiteren Beratungsverlauf zu diesem Gesetzentwurf zu verständigen.

Serap Güler (CDU) äußert die Bitte, die Auswertung der Anhörung aufzuschieben, da von den muslimischen bzw. islamischen Verbänden noch eine schriftliche Stellungnahme erwartet werde, die in die Beratung dieses wichtigen und richtigen Gesetzes einbezogen werden sollte.

Markus Töns (SPD) spricht sich ebenfalls dafür aus, die genannte Stellungnahme zu diesem All-Fraktionen-Gesetzentwurf abzuwarten. Im Übrigen gehe auch hier Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Die Obleute könnten dem Ausschuss einen Zeitrahmen für das weitere Beratungsverfahren vorschlagen.

Die Anhörung habe gezeigt, dass noch an ein oder zwei Punkten des Entwurfs Änderungs- bzw. Konkretisierungsbedarf bestehe. Es wäre gut, zu gegebener Zeit noch einmal die Staatskanzlei einzubinden, um das Ganze auch sächlich abzusichern.

Dann werde die Auswertung der Anhörung verschoben, im Kreis der Obleute über die Zeitschiene beraten und der Punkt zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung des Hauptausschusses gesetzt, hält **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** auf Nachfrage im Ausschuss fest.

